

25.05.2020

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP

### **Null Toleranz gegenüber Gewalt gegen Polizeibeamte**

Wie die Rheinische Post am 22. Mai und die BILD-Zeitung am 21. Mai 2020 berichteten, kam es am Dienstag zu massiven Behinderungen der Polizei im Duisburger Stadtteil Marxloh. „Als Polizisten einen per Haftbefehl gesuchten 18-Jährigen festnehmen wollten, waren Anwohner hinzugekommen, die die Polizisten bedrängten. Gleichzeitig sammelten sich auf der Straße vor dem Haus, in der die Festnahme erfolgte, etwa 200 Menschen. Mit Unterstützung zahlreicher Kräfte und der Androhung von Pfefferspray konnte der Festgenommene zum Streifenwagen gebracht werden. Auf dem Weg beleidigten Anwesende Beamte und spuckten in ihre Richtung. Eine unbestimmte Anzahl der Personen hatte laut Polizei ‚Clan-Bezug‘, schreibt die Rheinische Post.

„Tödlicher SEK-Einsatz in Gelsenkirchen.“ – „Polizist in Gevelsberg angeschossen.“ – „Verstoß gegen Maskenpflicht: Männer greifen Polizisten in Troisdorfer Supermarkt an.“ Auch solche Überschriften waren in den letzten Wochen in den Zeitungen zu lesen. Sie führen uns, genau wie Situationen wie die jüngste in Duisburg, in erschreckend klarer Form vor Augen, dass der Beruf der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht nur gefährlich ist, sondern auch lebensgefährlich sein kann. Täglich riskieren die rund 40.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -vollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen Leib und Leben, um uns und unseren Rechtsstaat zu schützen. Dabei stellen auch die in vielen Städten Nordrhein-Westfalens an diesem Wochenende abgehaltenen Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, die ebenfalls durch eine aggressive Grundstimmung geprägt sind, unsere Polizei vor neue Herausforderungen.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtete am 22. Mai 2020 über das aktuelle Lagebild „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten“ für das Jahr 2019. Demnach wurden in 2019 9.241 Verfahren mit insgesamt 18.541 Polizeivollzugsbeamten registriert, die Opfer eines Angriffs wurden. 8.354 Tatverdächtige konnten seitens der Polizei ermittelt werden. Darüber hinaus geht das Lagebild explizit auf die schwerwiegenden Übergriffe ein: 2018 wurden in Nordrhein-Westfalen fünf Fälle registriert, in denen ein Täter einen Beamten mit einer Pistole bedrohte, für 2019 weist das neue Lagebild 21 Fälle aus. Insgesamt neun Mal wurde auf Beamte geschossen, in 2018 wurden vier Versuche gemeldet. Im April 2020 erschütterte die Nachricht über den ersten getöteten Beamten seit Gründung der Spezialeinheiten 1974 das Land.

Die schrecklichen Vorfälle der vergangenen Wochen in Gelsenkirchen, Gevelsberg oder Troisdorf oder die Eskalation des Geschehens in Duisburg-Marxloh werden Eingang in das

Datum des Originals: 25.05.2020/Ausgegeben: 25.05.2020

Lagebild des LKA Nordrhein-Westfalen 2020 finden. Diese – zum Teil tödlich – verlaufenden Einsätze sowie die im Lagebild niedergelegten Zahlen zeigen jedoch auf, dass die Gewalt gegen Einsatzkräfte zunimmt. Es bedarf mehr denn je eines großen gesellschaftlichen und politischen Rückhalts für Polizeivollzugsbeamte, aber auch für Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst. Innenminister Herbert Reul hat daher vor kurzem eine gesellschaftliche Debatte über Gewalt gefordert und darauf hingewiesen, dass in der öffentlichen Debatte immer wieder von Polizeigewalt die Rede sei, dagegen rede kaum jemand über die Gewalt, die unsere Polizei selbst erfahre.

Es besteht daher die Notwendigkeit, diese Debatte anzustoßen und die für den Schutz unserer Polizei zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu beleuchten, auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und – falls erforderlich – zu verstärken. Denn neben dem stetigen Ziel der Verbesserung der Schutzausrüstung für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten muss zugleich auch an der Prävention und der Repression gearbeitet werden.

Wer für die Gemeinschaft seine Gesundheit und sein Leben riskiert, in gefährlichen Situationen eingreift, hilft und rettet, verdient den Respekt und die Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger. Daher sollte der Landtag die Geschehnisse und Berichte der letzten Woche zur Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte zum Anlass nehmen, über die Problematik, die gesellschaftliche Haltung gegenüber der Polizei sowie über möglicherweise notwendig zu ergreifende Maßnahmen im Rahmen einer Aktuellen Stunde zu diskutieren.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne

und Fraktion